



13. Jahrgang

JAHRES- BERICHT 2022/23

Herausforderungen der
Zeitenwende – Ökonomie
und Politik in der Krise



„Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Er bedroht unsere gesamte Nachkriegsordnung“, sagte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Und der Begriff „Zeitenwende“ wurde vergangenes Jahr in Deutschland nicht nur zum Wort des Jahres gekürt, sondern auch zu einem Schlagwort, das für ganz Europa bedeutsam ist: Seit sich Putin für die Eskalation in der Ukraine entschieden hat, ist klar, dass auch eine friedliche Koexistenz mit Russland auf absehbare Zeit nicht mehr möglich sein wird. Und auch die wirtschaftlichen Verflechtungen, insbesondere im Öl- und Gassektor, können so nicht mehr fortbestehen, was in Österreich, Deutschland und vielen anderen EU-Staaten nicht zuletzt für eine beispiellose Inflation gesorgt hat. Gerade die wirtschaftspolitischen Auswirkungen dieser Zeitenwende sind auch im Fokus des 13. Jahrgangs der WIPOL Steiermark gestanden.

Dabei haben wir hier insbesondere ein Augenmerk auf das Thema Inflation gelegt, das uns einerseits in einem eigenen öffentlichen Vortrag die Volkswirtin Mirjam Salish von der Oesterreichischen Nationalbank (S. 12) genauer erklärt hat, während das Inflationsthema andererseits auch eines der Hauptgesichtspunkte des diesmaligen Vortrags von Mario Matzer von der Arbeiterkammer Steiermark war. Mario Matzers Vortrag (S. 15) ist seit vielen Jahren ein Fixpunkt im Programm der WIPOL Steiermark, genauso auch wie jener von Bernhard Koller (ebenfalls AK Steiermark, S. 28), der sich diesmal um gerechte Vermögenssteuern – auch ein Dauerbrenner im inhaltlichen Repertoire der WIPOL – drehte und den 14. Jahrgang abschloss.

Dazwischen war freilich auch Platz dafür, den Institutionen der steirischen Politik einen Besuch abzustatten. So nahm sich dankenswerterweise gleich gegen Beginn des Jahrgangs im Herbst 2022 die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr Zeit für eine ausführliche Führung durch das Grazer Rathaus (S. 8), während sich der WIPOL-Jahrgang bereits eine Woche zuvor mit dem Murtaler Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Landesgeschäftsführer der SPÖ, Wolfgang Moitzi, für eine Diskussionsrunde in den steiermärkischen Landtag (S. 6) begeben hat. Weitere

Veranstaltungen des diesmaligen Jahrgangs war eine etwas ungewöhnliche Einführungsveranstaltung in die VWL, namens „Einführung in eine düstere Wissenschaft“, die die Volkswirtschaftskoryphäe Heinz Kurz für uns anhand der Theoriesgeschichte gehalten hat (S. 10) – von Adam Smith, „dem Adam und dem Schmied der Wirtschaftswissenschaften“, bis hin zum österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter, der für marktwirtschaftliche Innovationen den Begriff der „schöpferischen Zerstörung“ geprägt hat.

Freilich kamen jedoch auch politische und juristische Themen nicht zu kurz, so stand uns etwa mit Christina Jilek eine Oberstaatsanwältin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Rede und Antwort (S. 17), während die Juristin Ursula Werther-Pietsch vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA), die auch Gastprofessorin an der Uni Graz ist, mit uns über feministische Außenpolitik diskutierte (S. 27). Gemeinsam mit den Kolleg:innen der WIPOL Wien führte eine Veranstaltung die WIPOL Steiermark diesmal sogar ins Raxgebiet, wobei im niederösterreichischen Gloggnitz mit dem das Karl-Renner-Museum ein Kleinod der Republiksgeschichte besichtigen durften, um danach von Payerbach-Reichenau zur NaturfreundeHütte Knofeleben zu wandern, wo wir auch übernachteten und bei einem spielerischen Ausklang die Kolleg:innen aus Wien besser kennenlernen durften.

Die meisten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich diesmal für den WIPOL-Jahrgang angemeldet haben, studierten diesmal entweder Umweltsystemwissenschaften mit dem Schwerpunkt VWL oder Economics, wie das VWL-Studium an der Uni Graz mittlerweile heißt. Einzelne Teilnehmer:innen unseres Jahrgangs studierten jedoch auch Jus, angewandte Ethik oder nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Acht der zwanzig Personen, die sich für den 13. Jahrgang der WIPOL Steiermark angemeldet hatten, waren diesmal weiblich, zwölf waren männlich.

Laura Böhm
Felix Kampus
Matthias Salomon
Raffael Reithofer

Der Vorstand der WIPOL Steiermark

STARTVERANSTALTUNG

13. Jahrgang. Auf ein Neues!

06|10|22

Autorin:

Clarissa Trummer

Unter dem Motto „Herausforderungen der Zeitenwende – Ökonomie und Politik in der Krise“ startete der 13. Jahrgang der Wirtschaftspolitischen Akademie Steiermark am 6. Oktober 2022 in die nächste Runde.

Die Auftaktveranstaltung fand dieses Mal im Spektral statt, wo die vierköpfige Jahrgangsleitung – bestehend aus Clarissa Trummer, Christina Praßl, Jonathan Steininger und David Mödritzer – mit den Vorstandsmitgliedern Raffael Reithofer und Felix Kampus und dem Gros der 20 TeilnehmerInnen ein neues, erfolgreiches Semester einleitete.

In einem einleitenden Vortrag samt Vorstellung der Jahrgangsleitung sowie des Vorstands wurden zunächst Grundwerte der WIPOL – Unabhängigkeit, soziale Verantwortung, Progressivität und Interdisziplinarität, um einige davon zu nennen, – und das Jahrgangsmotto, das sowohl auf die aktuellen Veränderungen unserer schnelllebigen Zeit als auch auf die Herausforderungen, die wir als derzeit Gesellschaft zu meistern haben (wie Klima, Krieg, Corona und Inflation) hinweist, erläutert. Letzteres lautet diesmal: Herausforderungen der Zeitenwende. Ökonomie und Politik in der Krise.

Respektvoller und herzlicher Umgang

Nach einer Präsentation des Semesterplans und einigen organisatorischen Feinheiten konnte schließlich das große Kennenlernen beginnen: Bei einem Line-Up



diskutierten die Teilnehmenden erste kontroverse Themen wie Atomkraft, Ananas auf Pizza, Arbeitszeitverkürzung, das bedingungslose Grundeinkommen, die Besteuerung von Reichen und Waffenlieferung an die Ukraine. Was besonders schön zu sehen war: Der herzliche und respektvolle Umgang innerhalb der Gruppe.

Auch das persönliche Kennenlernen wurde nicht vernachlässigt: Bei einem von der Reise nach Jerusalem inspirierten „When the music stops...“, lernten sich die KandidatInnen in Kleingruppen jeweils besser kennen. Besprochen wurden unter anderem die Studienwahl, individuelle Herzensthemen, die persönlich präferierte Zeitperiode, Tipps an das jüngere Selbst, schönste Reiseerlebnisse, aber

auch „Wenn du ein Tier wärst, was für ein Tier wärst du?“ und vieles, vieles mehr.

Nach vielen angeregten und immer wertschätzenden Gesprächen ließen wir den Abend schlussendlich entspannt mit einem gemütlichen Beisammensitzen ausklingen. Und nach diesem gelungenen Auftakt bleibt nur noch eines zu sagen: Wir als Team der WIPOL Steiermark sind bereits sehr gespannt und freuen uns auf die bevorstehenden Veranstaltungen. Allzu lange warten mussten wir hierbei nicht, denn: Die Landtagsführung samt Diskussion mit LAbg. Wolfgang Moitzi erwartete uns bereits in der Woche darauf.



DISKUSSION IM LANDTAG STEIERMARK

mit LAbg. Wolfgang Moitzi

12|10|22

Autorin:

Clarissa Trummer

Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung in der vergangenen Woche traf der 13. Jahrgang der WIPOL Steiermark diesmal am 12. Oktober 2022 im Landhaushof aus erneutem Anlass zusammen: Für die Landtagsführung mit anschließender Diskussion mit LAbg. Wolfgang Moitzi!

„Wolfgang“, wie er uns sofort bodenständig zum Du aufforderte, ist seit 2018 mit Unterbrechung Abgeordneter zum steirischen Landtag, wobei er dort unter anderem für die Ausschüsse „Klimaschutz, Energie, Umwelt, Tier- und Naturschutz, Bau- und Raumordnung“, „Gemeinden, Regionen, Sicherheit, Wohnbau“, „Petitionen“ und „Landwirtschaft“ zuständig ist. Neben seiner Tätigkeit als Ortsparteivorsitzender und Gemeinderat ist er stellvertretender Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark und Bereichssprecher für Wohnbau im Landtagsklub. Fest steht also: Für unsere Teilnehmer:innen gab es vieles zu besprechen und zu erfragen!

Ab ins Landhaus

Nachdem wir im Plenarsaal Platz genommen hatten, machte uns Wolfgang Moitzi zu allererst mit einem kurzen Exkurs mit der Geschichte des Landtages vertraut – so werden hier zum Beispiel Landtagssitzungen seit dem Jahre 1412 abgehalten. Es folgten eine Erklärung der Aufgaben des Landtages und einige juristische Rahmenbedingungen; denn was vielleicht einige noch nicht wissen, ist: Wolfgang Moitzi hat lange in Graz Jus studiert. Das politische Fachsimpeln ließ jedoch nicht lange auf sich warten: Schon bald waren wir ver-



tieft in eine angeregte Unterhaltung rund um Mietpreise beziehungsweise die 2023 in Kraft tretende Leerstandsabgabe in der Steiermark – an deren Realisation Wolfgang Moitzi maßgeblich beteiligt war – welche auch mit einer Attraktivierung der Sanierungsförderung einher geht. Auch das Arbeits- und Koalitions-klima samt kürzlicher Kontroversen wie die Bezahlung von Kindergartenpädagog:innen und die Positionen zum Ukraine-Krieg sowie Politik als Beruf wurden thematisiert. Zu letzterem meinte unser Gastgeber des Abends zum Beispiel, dass er sich nicht vorstellen könne, für immer in der Politik zu bleiben, und erläuterte uns außerdem, einige Herausforderungen, welche ein Ein- und Ausstieg in bzw. aus der Politik mit sich bringt. Was auch ergründet wurde: Die nach außen hin konstruktive und friedliche Atmosphäre, die die beiden Koalitionsparteien

gemeinsam geschaffen haben. Unter vielen jungen Menschen nahm natürlich das Thema Klima in der Debatte einen großen Stellenwert ein. So erfuhren wir zum Beispiel, dass die Steiermark nach dem Burgenland und Niederösterreich eines der klimabewusstesten Bundesländer ist. Beachtlich fanden wir auch: Wie ehrlich Wolfgang Moitzi mit dem Thema Politik in Gesprächen, die absolut auf Augenhöhe waren, umging.

Zu Ende der Veranstaltung ging es für uns noch in den Rittersaal, wo die Ausschüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Ein Thema wurde letztendlich besonders behandelt: Die Wichtigkeit, sich politisch zu engagieren – und hat somit sogar beim gemeinsamen Ausklang in einem Lokal, die einen oder anderen Teilnehmer:innen dazu ermutigt, sich bei einer Partei zu beteiligen ...

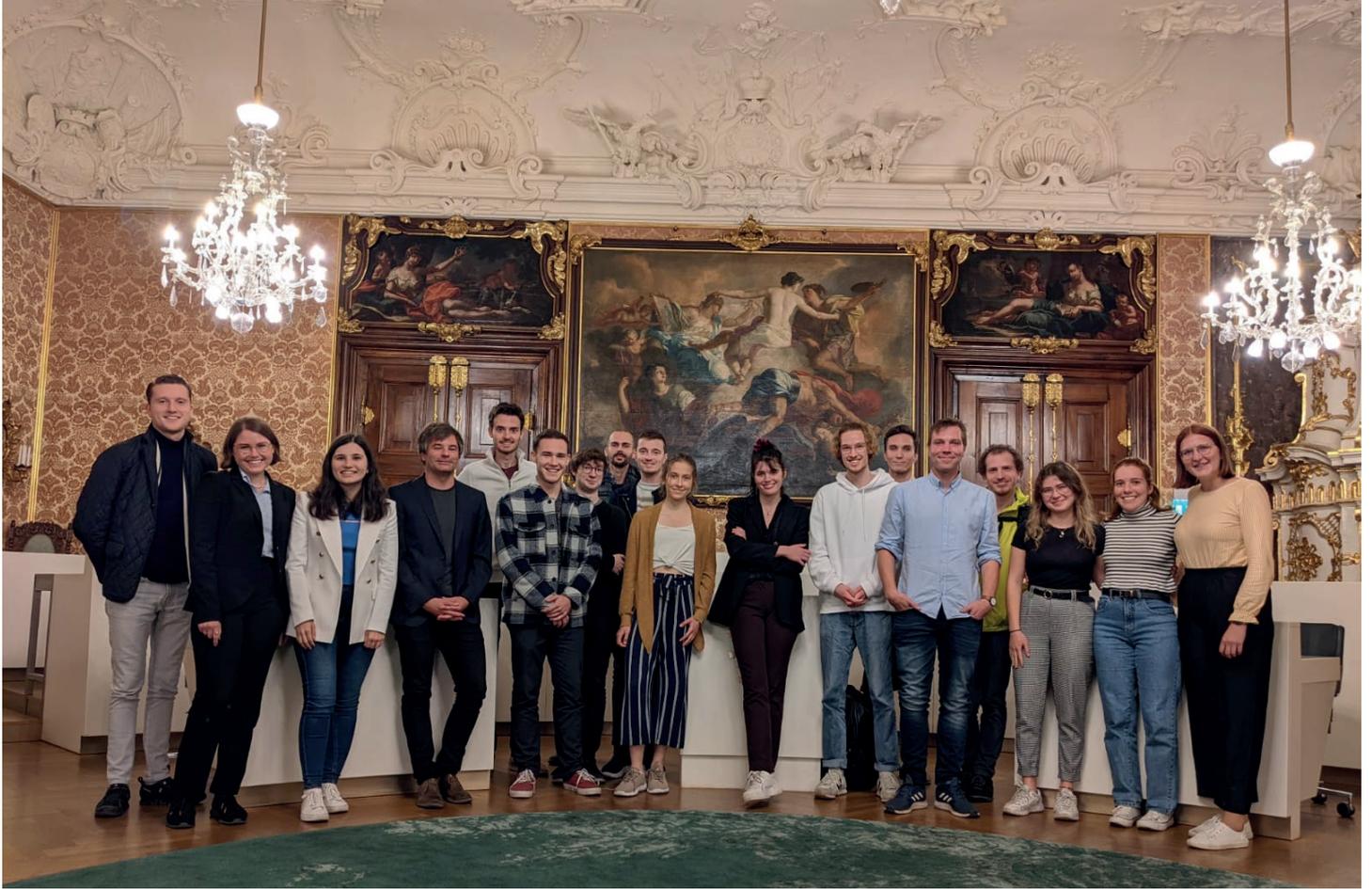


Foto: LT-Strmk/Eigletsberger

DIE WIPOL STEIERMARK IM GRAZER RATHAUS

mit Bürgermeisterin Elke Kahr

18|10|22

Autorin:

Clarissa Trummer

Ein Jahr nach dem politischen Beben in Graz und dem Amtsantritt der ersten kommunistischen Bürgermeisterin der Republik in einer KPÖ-Grüne-SPÖ-geführten Stadtregierung machten wir – die Jahrgangsteilnehmenden samt Jahrgangsleitung des 13. Jahrgangs der WIPOL Steiermark – uns am 18. Oktober 2022 auf, um das Rathaus zu besichtigen: Eine Führung mit anschließender Diskussion mit Bürgermeisterin Elke Kahr!

Willkommen heißen wurden wir von Bürgermeisterin Elke Kahr persönlich direkt in Amt der Bürgermeisterin im zweiten Stock. Was uns dabei sofort auffiel: Die Büros zierten zahlreiche Pflanzen, welche zusammen mit den Holzmöbeln eine gemütliche Atmosphäre schafften. Nach der anfänglichen Begrüßung unseres Jahrgangs stellte uns Kahr ihr Team im Amt der Bürgermeisterin vor, wobei ihre Achtung den für sie arbeitenden Menschen gegenüber deutlich sichtbar wurde.

Hinter den Kulissen

Nach dem Erkunden des Büros samt malerischer Aussicht auf den Hauptplatz wurden zu allererst grundlegende politische Begriffe und Bereiche geklärt wie „Was ist ein Gemeinderat?“, „Was macht eine Stadtregierung eigentlich?“ und „Wer genau ist im Stadtsenat vertreten?“. Letzterer zum Beispiel tagt jeden Freitag im Stadtsenatssitzungssaal unter dem Vorsitz der Bürgermeisterin und ist für alle Angelegenheiten zuständig, die durch Gesetze oder das Statut der Landeshauptstadt Graz übertragen sind. So besuchten wir diesen Raum als Nächstes – der entgegen der Erwartungen vieler recht schlicht war! Drinnen begegneten uns neben einer langen Tafel als beachtliches Augenmerkmal fünf Portraits der Altbürgermeister – Muchitsch, Scher-



baum, Götz, Hasiba und Stingl – gemalt von Künstlern ihrer Wahl. Wie uns später erklärt wurde, wurden alle ehemaligen Grazer Bürgermeister bildlich verewigt und zudem auch als Ehrenbürger der Stadt ernannt. Das Portrait des jüngsten Altbürgermeisters Siegfried Nagl fehlt bis dato noch; seine Ernennung zum Ehrenbürger soll bei der nächsten Gemeinderatssitzung am 17. November 2022 erfolgen.

Im Gemeinderatssaal

Weiter ging es in den frisch sanierten Gemeinderatssaal, wo auf Anhieb eventuelle Fragen der Barrierefreiheit geklärt wurden. Nachdem auch hier das pittoreske Panorama vom Balkon bewundert wurde, ließen die Diskussionen bezüglich Sachthemen ebenso nicht auf sich warten. Immer ein erhebliches Thema: Der Ukrainekrieg und dessen Auswirkungen. So sprach Kahr sich im Gespräch gegen die Sanktionen aus und

auch die Ausdrucksweise wie Haltung ihres Kollegen Werner Murgg (KPÖ) im steirischen Landtag wurde heftig diskutiert. Doch es gab auch ein Vorhaben, bei denen sich alle Gesprächsteilnehmer:innen einig waren: Die verkehrsreduzierte Innenstadt; „Autofrei ist der falsche Begriff“, meinte unsere Bürgermeisterin. Zudem sei das knappe Budget generell ein Problem; gespart wurde hierbei bei der Kunst, deren Budget nicht erhöht wurde. Zu Gute kommt dies dem sozialen Wohnbau – so soll Graz bis 2023 500 zusätzliche Gemeindebauwohnungen bekommen.

Nachdem 2,5 Stunden vergangen und alle Fragen geklärt waren, hieß es für uns allmählich, Abschied zu nehmen. Durch die spannende Veranstaltung hatten wir alle einen kleinen Einblick hinter die politische Bühne des Haus Graz erhaschen können und ein besseres Bild davon bekommen, was es bedeutet, in der Kommunalpolitik tätig zu sein. Danke für diese Möglichkeit!



Foto: Ralf Roletschek / Roletschek.at

“EINFÜHRUNG IN EINE DÜSTERE WISSENSCHAFT”

mit Heinz D. Kurz

28|10|22

Autor:

Raffael Reithofer

Mit Heinz D. Kurz hat eine echte Koryphäe dem 13. Jahrgang der WIPOL Steiermark einige Grundzüge der politischen Ökonomie nähergebracht. Bei der Einführungsveranstaltung diskutierten wir unter anderem über große Denker wie Adam Smith, Max Weber und Karl Marx, aber auch über den Fluch mathematischer Modelle sowie den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas.

Ökonomie sei die Schaffung von Reichtum, meinte einst Adam Smith (1723 – 1790), der große Pionier der Wirtschaftswissenschaften. Und nicht zuletzt anhand von Smiths Denken hat niemand geringerer als Heinz D. Kurz unter dem Motto „Was ist und zu welchem Ende studieren wir politische Ökonomie? Einführung in eine düstere Wissenschaft“ (einer Anspielung auf Friedrich Schiller) den 13. Jahrgang der WIPOL Steiermark in das Fach VWL eingeführt. Kurz ist nicht nur emeritierter Professor am Grazer Schumpeter Center, sondern auch eine jener Koryphäen seines Fachs, die sich nicht zu schade dafür sind, ihr Wissen in einer Einführungsveranstaltung an interessierte Neulinge bzw. Studierende weiterzugeben.

„Der Adam und der Schmied der Wirtschaftswissenschaften“

Und genau darum ging es bei dem WIPOL-Seminar mit Professor Kurz Ende Oktober auch: Während eine umfassende Einführung in die politische Ökonomie innerhalb eines Abends freilich nicht möglich ist,



hat uns Kurz dabei unter anderem einige Sternstunden der Wirtschaftsgeschichte (um auf einen Buchtitel von Stefan Zweig anzuspielen) nähergebracht: Wie gewaltig sich die Welt seit Beginn der industriellen Revolution verändert hat und wie die großen Ökonomen darüber nachgedacht haben.

Auf durchaus launige Art erzählte uns Kurz dabei etwa vom bereits erwähnten Adam Smith, den er „den Adam und den Schmied der Wirtschaftswissenschaften“ nannte, aber auch von Max Weber (1864 – 1920), der den Siegeszug des Kapitalismus in Europa auf den Aufstieg der protestantischen Arbeitsethik in Folge der Reformation zurückführt, Joseph Schumpeter (1883 – 1950) und seiner Theorie von der „schöpferischen Zerstö-

rung“ und auch den – von seinen Anhänger:innen wie Gegner:innen – häufig missverstandenen Karl Marx (1818 – 1883).

Ein Buch des Grazer Professors als Bestseller in China

Dass die Volkswirtschaftslehre, wie sie heute an den Unis gelehrt wird, eher mathematisch geprägt ist, kritisierte Kurz dabei durchaus. Denn mathematische Modelle seien zunächst schwer zu erlernen „und wenn man es am Ende verstanden hat, übermannt es einen“, sagte Kurz. Auch die Klimaproblematik wurde natürlich andiskutiert, diese bezeichnete der Ökonom als das „nichtintendierte Resultat zweckgerichteten menschlichen Handelns“.

Auch der wirtschaftliche Aufstieg Chinas war eines der Themen, die wir mit Professor Kurz besprochen – zu aller Überraschung zeigte uns Kurz dabei sein Standardwerk Ge-

schichte des ökonomischen Denkens (Verlag C. H. Beck) in chinesischer Übersetzung, das im Reich der Mitte ein Bestseller gewesen sei. Und nach zweieinhalb Stunden politischer Ökonomie hat sich

der rege Austausch zwischen den WIPOLis und Prof. Kurz schließlich noch bei einem Bier im „Brot und Spiele“ bis in die Nachtstunden fortgesetzt.



GRUNDLAGEN DER INFLATIONSMESSUNG UND INFLATIONSPROGNOSE

mit Mirjam Salish

10|11|22

Autor:

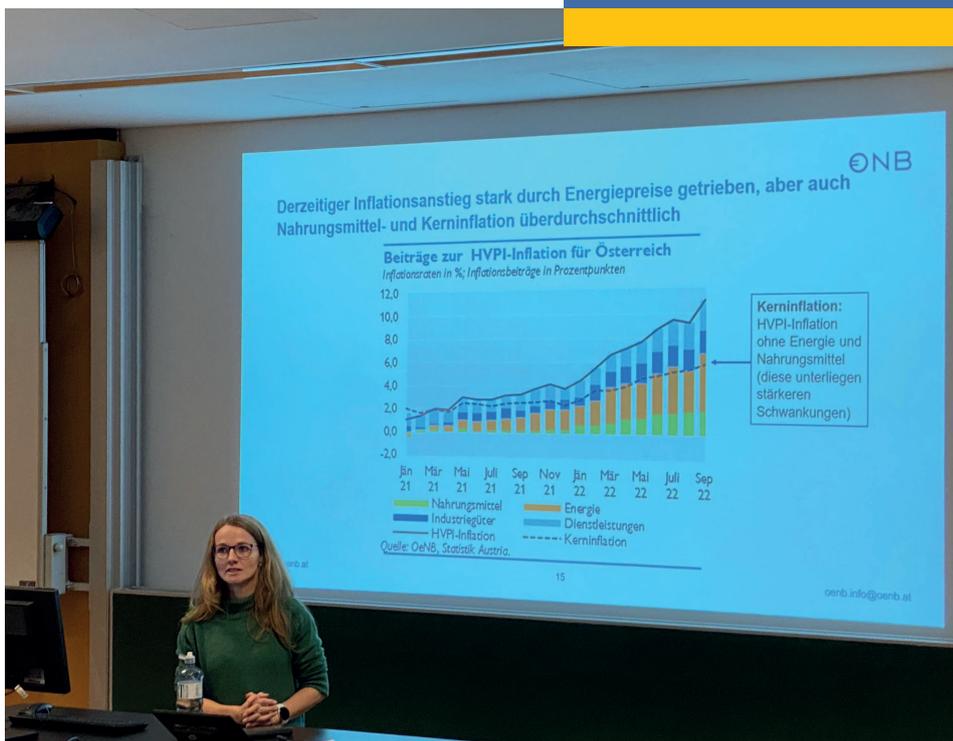
David Mödritzer

Das Gespenst der Inflation geht in Europa um. Inflationsraten so hoch wie zuletzt in den Fünfzigerjahren dominieren den öffentlichen Diskurs der letzten Monate: Kaum ein anderes Thema beschäftigt die Menschen so sehr, wie die steigende Preise und die Frage, wie wir als Gesellschaft damit umgehen sollen.

In dieser schwierigen Zeit freut es uns als WIPOL besonders, dass wir in Kooperation mit der Studienvertretung VWL am 10. November 2022 Frau Dr. Mirjam Salish von der Oesterreichischen Nationalbank zu einem Vortrag an der Uni Graz begrüßen durften. Weil das Thema aktuell so brisant ist, war die Veranstaltung erstmalig in diesem Jahr öffentlich zugänglich und wir waren positiv überrascht, so viele „unbekannte Gesichter“ zu sehen.

Der Vortrag gliederte sich in fünf Kapitel – darunter die Frage, was Inflation überhaupt ist und wie sie gemessen wird (Stichwort harmonisierter Verbraucherpreisindex, Mini- und Mikrowarenkorb usw.). Besonders interessant war die Ergründung, warum die Inflation derzeit überhaupt so hoch ist und welche Haushalte hiervon besonders betroffen sind. Spannend waren ebenso die Prognosen der Inflationsrate und die Klärung, was wirtschaftspolitisch gegen die hohe Inflation getan werden kann.

Frau Dr. Salish machte uns von Anfang an klar, dass Fragen jederzeit erlaubt und erwünscht sind. So entwickelte sich ein sehr dynamischer und interessanter Vortrag – denn brennende Fragen zum Thema gab es genug. Dank der aktiven Mitarbeit der Zuhörer:innen, der informativen ppt-Grafiken und der kompetenten sowie charismatischen Vortragenden



scheint uns die Inflation und die damit einhergehenden Herausforderungen, denen wir uns als Gesellschaft gegenüberstehen, nun viel klarer.

Hiermit möchten wir uns noch einmal bei Frau Dr. Mirjam Salish und allen Teilnehmer:innen für den tollen Abend bedanken!

DISKUSSION MIT EUROPAGEMEINDERÄT:INNEN

18|11|22

Autor:

Jonathan Steininger

Am 18.11.2022 fand im gut gefüllten Parkhouse die zweite öffentliche Veranstaltung des heurigen Jahrgangs statt. In Kooperation mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) luden wir zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Europa ein. Kommunalpolitische Vertreter:innen von sechs Parteien (ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ, KPÖ, Neos) folgten unserer Einladung und so entwickelte sich ein reger Austausch. Diskutiert wurde etwa über eine engere Kooperation zwischen EU-Staaten, die Klimakrise ebenso wie Städte- und Gemeindepartnerschaften in und außerhalb von Europa.

Das Parkhouse füllte sich: Mitglieder der JEF, Teilnehmer:innen und Alumnis der WIPOl und all jene, die über Freunde und Social Media auf die Veranstaltung aufmerksam wurden, nahmen Platz – und auch das Podium vervollständigte sich nach und nach. Unsere zweite öffentliche Veranstaltung stand am Programm – ein Weg wie wir die Diskussionen einem breiteren Publikum zugänglich machen wollen.

Wie (Europa)gemeinderät:innen über die EU denken

Während die letzten Besucher:innen noch eintrafen kam es auch schon zur ersten Debatte – die Frage: Soll die EU näher zusammenwachsen und sich in Richtung der Vereinigten Staaten von Europa entwickeln? Das Podium – Karl Friedrich (FPÖ Schwanberg), David Ram (Grüne Graz), Max Zirngast (KPÖ Graz), Anna Robosch (SPÖ Graz), Dominik Kutschera (ÖVP Gleisdorf) und Christoph Perner



(Neos St. Stefan im Rosental) – war gespaltenen Meinung. Während Christoph Perner (Neos) klar für ein engeres zusammenwachsen der

Europäischen Union plädierte, war etwa Max Zirngast (KPÖ) da gegensätzlicher Ansicht. Er wies unter anderem auf die nicht funktionierenden

den Entscheidungsmechanismen und das Ungleichgewicht zwischen Wirtschaftslobbyist:innen und der Interessensvertretungen für Arbeitnehmer:innen in Brüssel hin.

Zukunftsperspektiven für Europa

So ging die Diskussion über Möglichkeiten regionale Europapolitik zu betreiben, die Aufgaben der Europagemeinderät:innen, bis hin zur Frage ob in Europa schon genug für den Klimawandel getan werde. Karl Friedrich (FPÖ) wies im Zuge dessen, auf die Schwierigkeit der Klimapolitik hin – aus erster Hand kenne er die Diskussion um das neu ent-

stehende Pumpspeicherkraftwerk in seiner Gemeinde Schwanberg. Ein letztes Mal kontrovers wurde es bei der Frage, ob der Ukraine eine EU-Beitrittsperspektive geboten werden soll. Zum Abschluss kam es noch zu einer vom Publikum angeregten Gesprächsrunde über Gemeinde- und Städtepartnerschaften sowie die budgetären Vorteile der EU und die Frage, wie das Vertrauen in die EU wieder aufgebaut werden könne. Dominik Kutschera (ÖVP) wies in diesen Zusammenhang etwa darauf hin, dass wenn man alle Projekte in denen EU-Geld steckt mit einer EU-Flagge markieren würde, die ganze Steiermark blau wäre – natürlich meinte er aufgrund der

EU-Flaggen und nicht politisch. Dennoch führte die Vorstellung zu allgemeinem Schmunzeln sowohl im Publikum als auch am Podium.

Nach der Diskussion war vor der Diskussion – diese ging nämlich in gemütlicher und aufgelassener Atmosphäre weiter. Die Gemeinderät:innen blieben, plauderten aus dem Nähkästchen und diskutierten bis die letzten vom Parkhouse aufbrachen. Der Abend lies einen motiviert zurück – er zeigte wie wichtig ein reger Austausch über die EU und deren Verbesserungsmöglichkeiten ist und dass gemeinsam und durch viele Dialoge an einem besseren Europa gearbeitet werden kann.



VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT & INFLATION

mit Mario Matzer

14|12|22

Autor:

Christina Praßl

Warum wird alles teurer? Wer profitiert von der Inflation?“ – dies waren die zentralen Fragestellungen unseres Vortrages, welche wir mit AK-Ökonom Mario Matzer in vorweihnachtlicher Atmosphäre ausführlich diskutierten.

Matzer, der sich auf postkeynesianische Lehrmeinungen beruft, bildete in seinem Vortrag Mitte Dezember wieder eine aus Sicht der diesjährigen WIPOL-Jahrgangsteilnehmer:innen ganz neue Seite der politischen Ökonomie ab. Während in Uni-Lehrveranstaltungen vermutlich eher selten Antonio Gramscis Idee der kulturellen Hegemonie angesprochen wird, beginnt der AK-Experte seine Vorträge gerne genau damit: „Das – als kulturelles Verhältnis zu begreifende – spezifische Herrschaftsverhältnis der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft.“ Was für die Menschen früher die Religion war, ist für uns heute diesem Gedanken nach der Neoliberalismus im Namen des effizienten Marktes.

„Dass eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine ›philosophische‹ Tatsache, die viel wichtiger und ›origineller‹ ist, als wenn ein philosophisches ›Genie‹ eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt.“ – Antonio Gramsci

Die Macht der kulturellen Hegemonie

Dabei wird die Macht der kulturellen Hegemonie unterstrichen:



Bereits Marx & Engels hob hervor, dass „die Gedanken der herrschenden Klasse“ in jeder Epoche die herrschenden Gedanken sind.

So haben auch heute Menschen mit hohem ökonomischen Kapital enormen Einfluss auf unsere Welt. „Wie viele Häuser besitzt die

Multimilliardärin Ingrid Flick am Wörthersee?“ – dieses Schätzspiel sorgte unter den Zuhörer:innen für reichlich Geschmunzel, genauso wie die Frage, weswegen all diese Häuser und Grundstücke überhaupt aufgekauft wurden bzw. werden. Dennoch bleibt die hohe Kapitalakkumulation bei den reichsten 10 oder gar 1 % erschreckend. Sich dermaßen große Vermögen vorzustellen, fällt nicht leicht. (Eine Grafik, die das veranschaulicht, findet sich etwa auf der Website vermoegen.moment.at.)

Was hinter der Inflation steckt

Auch Inflation ist als ein Machtkampf um Einkommen zu verstehen, welcher, wie Matzer meint, „nicht auf der Lohn- sondern auf der Preisebene ausgetragen wird“. Wir erleben derzeit in der Eurozone eine Inflationsdynamik, welche

durch eine Kombination aus Lieferkettenproblemen infolge der Coronakrise sowie durch Einschränkungen der russischen Exporte fossiler Energieträger im Kontext des Angriffs auf die Ukraine, entstanden ist und zusätzlich durch das europäische Merit-Order-System am Strommarkt verschlimmert wird. Hierbei handelt es sich um importierte Inflation. Diese wird laut Matzer durch eine spekulationsgetriebene und profitgetriebene Inflation ergänzt: Sowohl die Finanzmärkte (insbesondere beim Handel mit Rohstoffen) als auch große Unternehmen nutzen ihr Marktmachtpotential und tragen ihren Teil zur Teuerung bei.

David gegen Goliath?

Die derzeitige Inflation zu bekämpfen, sei nicht leicht – ist sich AK-Experte Mario Matzer sicher. Jedoch seien höhere stabile Inflationsraten für die arbeitende

Bevölkerung kein Problem, solange ihre Realeinkommen nicht beeinträchtigt werden würden. Nur eine vollständige Abgeltung der Inflationsrate in den Kollektivvertragsverhandlungen könne dies garantieren. Hierfür braucht es starke Gewerkschaften, weswegen uns Matzer sogleich eine Gewerkschaftsmitgliedschaft ans Herz legt.

Der Vortrag ging fließend in eine breite Diskussion über, die nur von der Aufnahme der Essenswünsche kurz unterbrochen wurde. Direkt nach dem inhaltlichen Input fand nämlich unsere Weihnachtsfeier statt, die nach zwei Jahren Pause endlich wieder in Präsenz stattfinden konnte. Auch Alumni und Alumnae gesellten sich zu uns – so wurde es ein spannender Abend voller interessanter Gespräche. Wir freuen uns schon sehr auf den nächsten Vortrag von Mag. Mario Matzer.



ANTIKORRUPTION UND WKStA

mit Christina Jilek

09|02|23

Autorin:

Clarissa Trummer

Anlässlich unserer letzten Veranstaltung des Semesters durften wir am 12. Jänner 2023 einem Vortrag von Frau Mag. Christina Jilek, LL. M., Oberstaatsanwältin bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft und Mitinitiatorin des Anti-Korruptions-Volksbegehrens, beiwohnen. Bei dem gelungenen Abschluss des Wintersemesters wurde viel gelernt, aber natürlich auch ebenso heiß diskutiert.

Kaum hatten wir Christina Jilek bei uns im Resowi-Zentrum willkommen geheißen, stand dem Beginn des Vortrages schon nichts mehr im Wege – wobei anfänglich erstmals einige Definitionsfragen geklärt wurden. So auch: Was ist bzw. macht ein Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin überhaupt? Eine Staatsanwält:in untersucht in Strafverfahren das, was für die Aufklärung des Sachverhalts relevant ist – etwa durch die Ermittlung von be- oder entlastenden Umständen. Regelmäßig entscheidet die Staatsanwaltschaft als Trägerin der staatlichen Anklagebefugnis darüber, ob es in einem konkreten Fall zu einer Anklage kommt oder nicht.

Die Staatsanwaltschaft und die WKStA

Der Tätigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft setzt sich zusammen aus Anzeigenprüfung und Ermittlungsverfahren, wobei letzteres durch Einstellung des Verfahrens, Diversion (Erbringung gemeinnützige Leistungen u.ä.) oder Anklage bzw. Strafantrag abgeschlossen wird. Kontrolliert werden Staatsanwält:innen etwa im Rahmen



einer umfangreichen Dienst- und Fachaufsicht innerhalb der justiziellen Strukturen, aber auch die staatlichen Gerichte tragen zu den Rechtsschutzmöglichkeiten Einzelner bei. Hervorzuheben ist hier auch das Recht auf Akteneinsicht, welches von Betroffenen geltend gemacht werden kann.

Aber wer oder was ist denn jetzt die WKStA? Die WKStA (Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft) setzt sich aus 43 Oberstaatsanwält:innen in Wien mitsamt der Außenstellen in Graz, Linz und Innsbruck, 9 Wirtschaftsexpert:innen, 9 IT-Expert:innen und Kanzleipersonal zusammen. Um Oberstaatsanwält:in zu werden, ist es ein langer Weg: Nach dem Jus-Studium die Tätigkeit als Richteramtswärter:in, die Richteramtswärterprüfung, 5 Jahre Berufserfahrung

sowie wirtschaftliche Erfahrung bzw. Kenntnisse werden benötigt.

Korruptionsbekämpfung durch Transparenz

Nach der Einführung in das österreichische Justizsystem ging es gleich mit unseren Fragen zu Amtsmissbrauch und Korruption weiter, wobei Amtsmissbrauch als wesentlicher Befugnismissbrauch zu verstehen ist, von welchem sich Korruption durch den (in der Regel finanziellen) Vorteil unterscheidet. Letzteres ist definiert als Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Das Problem liegt daran, dass Korruption ein „unsichtbares Phänomen“ ist, wodurch Schaden für jede:n Einzelne:n entsteht. Die Lösung? Transparenz.

In diesem Zusammenhang wurden alternative Modelle erörtert: So zum Beispiel Schweden mit seinem gläsernen Staat. Im Vergleich: Bei uns in Österreich ist mit Amtsaustritt alles weg; bei E-Mails und Diensthandys ist nicht einmal vorgesehen, dass sie ins Staatsarchiv kommen. Was die Sachverhaltsaufklärung noch schwieriger macht: Meist gibt es nur Täter:innen (einen abgeschlossenen Täterkreis), wenig mögliche Beweisquellen und kein Interesse der Beteiligten an Aufklärung. Die „ahnungslosen“ Opfer von Korruption sind letztendlich wir alle als Zivilbevölkerung.

Im äußeren Rahmen gehören zu Transparenz Litigation-PR (Rechtskommunikation oder prozessbegleitende Öffentlichkeitsarbeit),

Großverfahren und umfangreiche Berichtspflichten dazu. Skeptisch seien laut Christina Jilek Live-Ticker aus dem Gerichtssaal zu betrachten, da Journalist:innen ohne juristische Fachkenntnisse gewisse Dinge oft falsch verstehen, sodass plakative Sätze alleine stehen bleiben und alles verzerren würden. Dies führt wiederum dazu, dass Informationen aus dem Live-Ticker oft falsch wären. Wichtig ist eine gewisse Kontrollfunktion der Medien auch der Staatsanwaltschaft gegenüber jedoch trotzdem.

Neue Lösungen für komplexe Probleme

Zwar gibt es aktuelle Reformbestrebungen; der Weg zu einem korruptionsfreien Österreich wird aber wohl noch ein langer sein.

Als mögliche Lösungen wurden die Verteilung der „Macht“ auf Viele im Rahmen der Transparenzbemühungen, Verfahrensbeschleunigung und die Wichtigkeit des Nichtbestehens eines Anscheins der politischen Einflussmöglichkeit diskutiert. Praktisch leicht umsetzbar wäre etwa eine „Cooling-Down“-Phase im Rahmen von Unvereinbarkeitsregeln bei der Beendigung des Dienstverhältnisses von WKStA-Mitarbeiter:innen, ein transparentes Ernennungsverfahren und Verbindungsbeamte bei Justiz und Polizei, welche im Rahmen ihrer Unabhängigkeit nicht an den Innenminister berichten. Schon war eine weitere Veranstaltung vorüber, nach der wir alle in die Prüfungsphase und danach in die Ferien starteten. Wir bedanken uns bei allen für ein gelungenes Semester!



PERSONENVERKEHR UND VERHALTENSÄNDERUNGEN

mit Annina Thaller

15|03|23

Autor:

David Mödritzer

Unsere Veranstaltung am 15. März stand ganz im Zeichen der Verkehrswende. Die Vortragende Annina Thaller, eine Expertin im Bereich der nachhaltigen Mobilität und PostDoc an der Universität Graz, lud uns zu einem interaktiven Vortrag unter dem Motto „bitte gerne viele Fragen“ ein. Dieses Angebot wurde mit großer Begeisterung angenommen und so entwickelte sich schnell eine rege Diskussion mit vielen interessanten Inputs und Fragen vonseiten der Jahrgangsteilnehmer:innen.

Klimafitte Mobilität der Zukunft

Im Fokus der Diskussion stand das Thema Verhaltensänderung. Es wird immer klarer, dass es Veränderungen im Verhalten und in den Köpfen der Menschen braucht, um im Mobilitätssektor CO₂-Neutralität zu erreichen – sich ausschließlich auf technologischen Fortschritt zu verlassen, ist nicht genug. Die Diskussion zeigte, dass das Thema sehr komplex ist und es keine einfachen Lösungen gibt. Individualverkehr, besonders am Land aber auch in der Stadt, wird zu einem gewissen Teil wohl immer nötig sein etwa für Einsatzfahrzeuge, Handwerker:innen aber auch stark bewegungseingeschränkte Menschen. Erstaunlich war die Erkenntnis, dass es auf individueller Ebene keinen Bereich gibt, in dem so viel Einsparungspotential liegt wie in der Mobilität mit Verbrennermotoren. Ebenso der Verzicht auf Flugreisen mindert den persönlichen Fußabdruck signifikant.

Akzeptanz in der Bevölkerung steigern

Die Frage, die besonders am Ende der Diskussion immer präsenter wurde,



war: „Wie kann man das Verhalten der Menschen hin zu nachhaltiger Mobilität und die Akzeptanz politischer Entscheidungen, die diesem Ziel folgen, erhöhen?“ Leicht ist es nicht, wie sich zeigt. Das Thema ist sehr emotional – Menschen fühlen sich bevormundet und mächtige Player wie Medien, verschiedene Parteien und Organisationen im Bereich des Lobbyismus arbeiten aktiv gegen Verbesserungen. Dennoch gibt

es Wege, wie auch die Forschung zeigt: Nachhaltige Politik, die Themen wie Fairness oder gesundheitliche Vorteile miteinbezieht, stößt auf viel größere Akzeptanz. Auf individueller Ebene gilt es ein Vorbild zu sein, „neues“ nachhaltiges Verhalten zu normalisieren und auch politisch aktiv zu werden. Alles in allem war es ein sehr interessanter und lustiger Abend, aus dem wohl alle Anwesenden etwas mitnehmen konnten.

INVESTITIONSPOLITIK CHINAS IN AFRIKA

mit Bernard Tröster

28|03|23

Autorin:

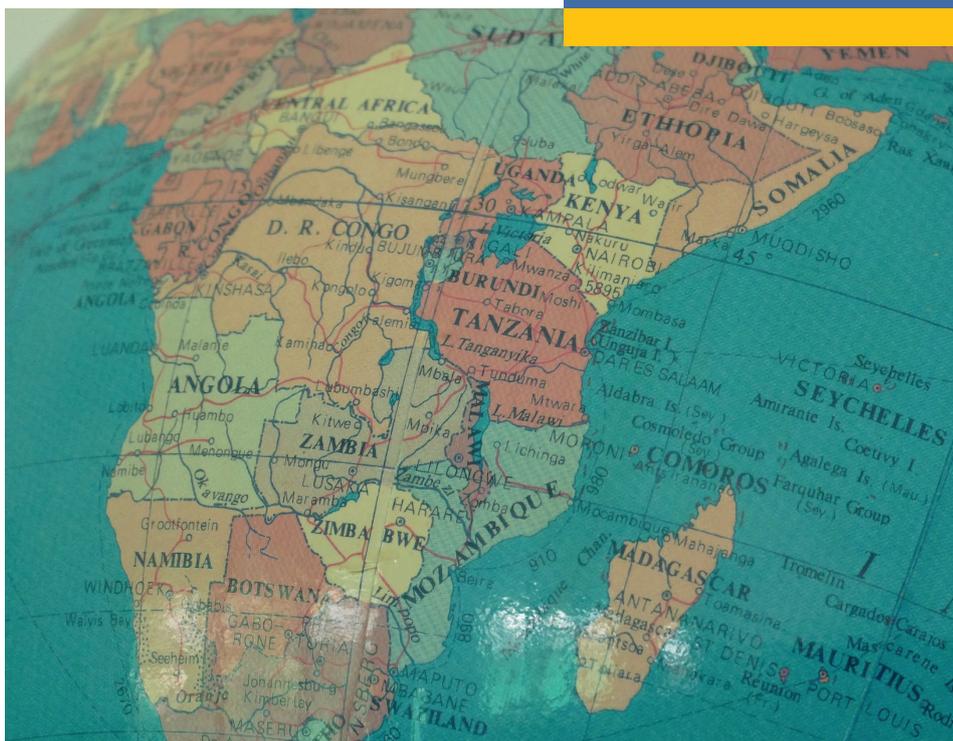
Christina Praßl

Wenige Mausklicke und schon waren wir mitten in unserer nächsten WIPOL-Veranstaltung – dieses Mal ausnahmsweise ein Online-Vortrag: Bernhard Tröster vom ÖFSE (Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung) gab uns eine Einführung in das Thema „Investitionspolitik Chinas in Afrika“.

Wieviel Prozent der Exporte aus Subsahara-Afrika gingen vorletztes Jahr nach China? Diese Frage stellte uns Bernhard Tröster gleich zu Beginn und nutzte dabei die Vorzüge des Online-Formats: Auf einer interaktiven Tafel konnten die Teilnehmer:innen Prozent-Schätzungen hierzu abgeben. Aufgelöst wurde, dass 2021 rund 23 % der Exporte aus der Subsahara-Region nach China gingen. Wenige Jahre zuvor spielte China als Handelspartner für die meisten afrikanischen Länder, wenn überhaupt, nur eine sehr untergeordnete Rolle. Doch China holt immer weiter auf – vor allem aufgrund der seit 2004 extrem schnell angestiegenen Direktinvestitionen. Viele Expert:innen sehen diese Entwicklung kritisch – nicht zuletzt, weil sich das chinesische Modell der Entwicklungsfinanzierung sehr vom „konventionellen“ westlichen Entwicklungsansatz unterscheidet.

Schnell fortschreitender Beziehungsausbau

Bereits seit den 1950er-Jahren verteilt China gewisse Hilfeleistungen an Afrika. Diese Hilfe wird von der chinesischen Regierung als Zusammenarbeit von Entwicklungsländern, von der beide Seiten profitieren, gesehen. Der Fokus liegt dabei eher auf Handel und Direktinvestitionen als auf klassischen Hilfsprojekten. Seit dem



Jahr 2000 verfolgt China nun die „going global“-Strategie, in welcher insbesondere chinesische Unternehmen zu Direktinvestitionen außerhalb des Landes aufgerufen werden. Seither gibt es einen rasch fortschreitenden Ausbau der Beziehungen zu Afrika. Das Volumen des Güteraustausches hat sich daraufhin innerhalb von 15 Jahren von knapp zehn Milliarden auf über 200 Milliarden US-Dollar mehr als verzwanzigfacht.

Chinas Prinzipien

Dabei konzentriert sich die Entwicklungsfinanzierung Chinas insbesondere auf den Infrastrukturbereich, der von „traditionellen“ Geldgebern zugunsten der sozialen Infrastruktur (Bildungs- und Gesundheitssystem, soziale Fürsorge etc.) hintangestellt wurde.

Die Geldvergabe erfolgt nach gewissen Prinzipien: Der gegenseitige Nutzen etwa wird von China besonders hervorgehoben, ebenso wie das Nicht-Einmischen in die innenpolitischen Angelegenheiten des jeweils anderen Landes. Bedingungen und Auflagen werden nicht gesetzt – worin ein Unterschied zu den meisten Fördermodellen anderer globaler Akteure liegt. Bei Entwicklungsleistungen kommt es regelmäßig zu einer Einbettung in die politischen Entscheidungsprozesse und Wirtschaftsstrukturen Chinas, sprich die Anwendung von 5-Jahres-Plänen, der Einsatz von staatseigenen Banken und chinesischen Unternehmen. Betont wird, dass es sich um staatliche Beziehungen auf Augenhöhe handelt – hierfür gibt es etwa das Forum on China-Afrika Cooperation (FOCAC) zur Verfestigung der diplomatischen Beziehungen. Be-

wusst möchte man ein Gegenmodell zum westlichen Entwicklungsansatz der EU und USA liefern und sich als „neuen Partner“ positionieren, meint Tröster.

Direktinvestitionen und Kreditvergaben durch chinesische Unternehmen und Banken

Genauere Daten über die Höhe der chinesischen Direktinvestitionen in Afrika existieren nicht: Offizielle Schätzungen aus 2019 berichten von 43 Milliarden US-Dollar, während andere Datenbanken von rund 88 Milliarden US-Dollar ausgehen. Generell ist die Datenlage in diesem Bereich sehr unsicher – das System ist etwa aufgrund des gezielten Einsatzes von Steuer-schlupflöchern sehr intransparent. Fest steht laut Expert:innen jedoch, dass sich der Wert der Direktinvestitionen seit 2004 zumindest ver-hundertfacht hat.

Zwei Drittel dieser Investitionen gehen in den Rohstoffsektor – vor allem Erdöl und mineralische Rohstoffe sind von China nachgefragt. Hauptempfänger sind große, rohstoffreiche Länder wie Nigeria, Südafrika und Zambia. Bis 2016 ist die Kreditvergabe stark angestiegen. Hier gibt es ein Land, welches auffallend dominiert, nämlich Angola. Das Besondere am chinesischen Modell ist, dass diese Kredite, die den afrikanischen Ländern über die zwei staatseigenen „Politik“-Banken Chinas gewährt werden, zu einem großen Teil direkt an chinesische Bau-firmen für den Bau von Infrastrukturprojekten

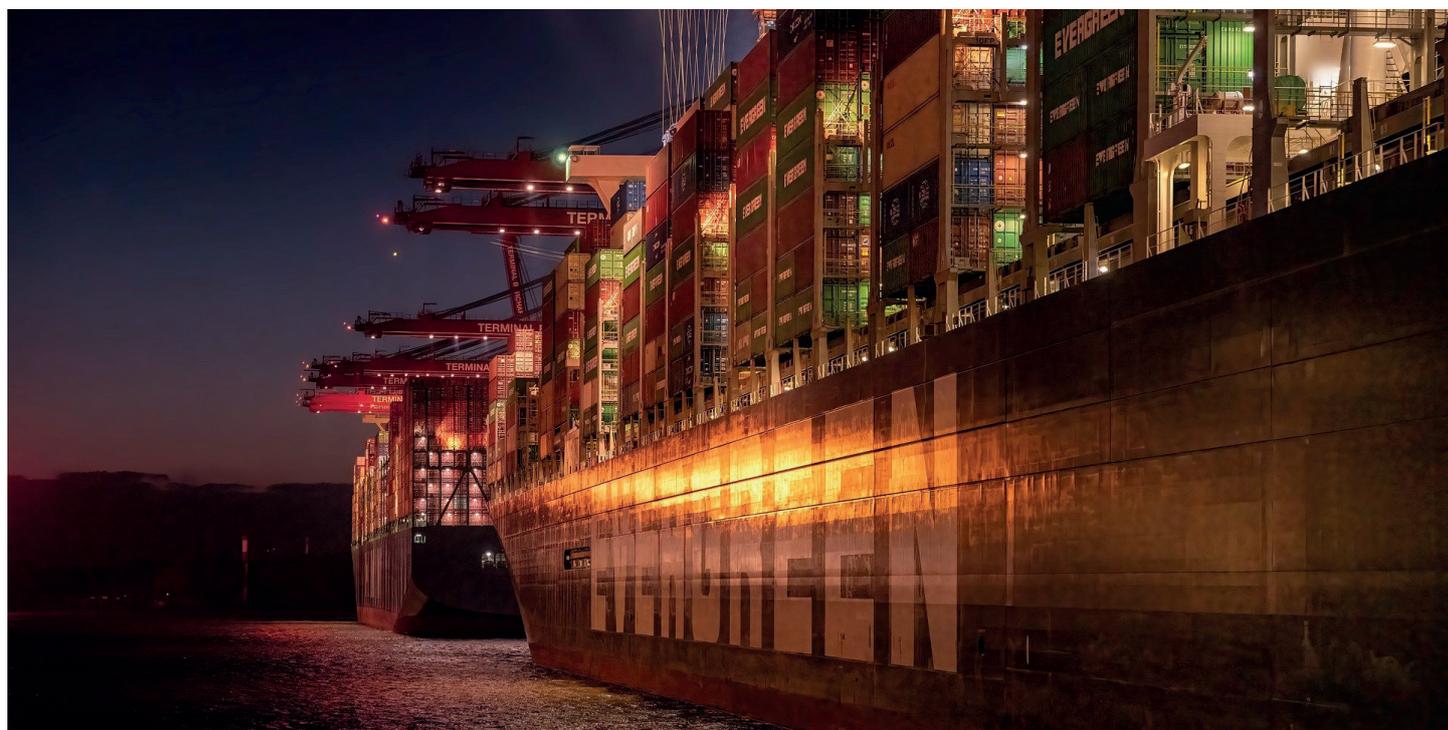
(vor allem im Bereich Transport und Energie) ausgezahlt werden. Diese Resource-for-infra-structure-Kredite (RFI) werden dann mit der Rückzahlung bzw. Deckung mit Rohstoffen oder über Lizenzvergaben für chinesische Bergbau- und Erdölfirmen zum selbstständigen Rohstoffabbau beglichen. Für den Subsahara-Raum bedeutet dies einen steigenden Rohstoffabbau, zahlreiche chinesische Industriezonen direkt in Afrika mit über 10 000 chinesischen Unternehmen, die hier in mehreren überwiegend privaten Sektoren aktiv sind sowie bis zu 250 000 chinesische Arbeitskräfte, die derzeit auf dem afrikanischen Kontinent beschäftigt sind und sehr isoliert ohne Kontakt zur lokalen Bevölkerung auf den Baustellen arbeiten.

Chancen und Risiken

Geldflüsse werden durch dieses Modell der RFI-Kredite stark an China gebunden. Dadurch, dass chinesische Firmen vor Ort sind und die Sicherung von Rohstoffen durch die Verteilung an ebendiese Unternehmen stattfindet, besitzt China hier eine sehr kontrollierende Rolle. Das System bringt aber auch Vorteile für Afrika: Zuvor war es sehr schwierig, Investitionen in die Infrastruktur voranzutreiben und auch ein Verhandeln mit den chinesischen Unternehmen, was spezifisch gebraucht wird, ist möglich. Geopolitisch stellt sich die Frage, ob für die afrikanischen Länder jetzt sozusagen eine „Era of Choice“ besteht, also ob sie sich von globalen Akteuren wie EU, USA, China und Russland nun all-

gemein den Besten aussuchen können.

Auf eine gewisse Weise bleiben die Investitionen jedoch für China risikant: Idealerweise würde China gerne einerseits einfache Arbeiten in afrikanische Länder verlagern, um sich auf ihr Ziel, Weltmarktführer in mehreren High-Tech-Branchen zu werden, konzentrieren zu können und andererseits wünschen sie sich die Etablierung des afrikanischen Kontinentes als Abnehmer chinesischer Produkte. Schließlich ist das Bevölkerungswachstum in Afrika enorm. Ob man es aber schafft, das Einkommensniveau in den kommenden 5 bis 10 Jahren signifikant zu heben, bleibt jedoch fraglich. Auch für Afrika ist die Annahme derartiger Kredite nicht ungefährlich: China ist laut Bernhard Tröster bekannt dafür, kein Fan von Kreditnächlässen zu sein. Es bestünde durchaus die Möglichkeit einer Überschuldungsfalle, in der sich ein afrikanisches Land in eine politische „Geiselhaft“ hin zu einem Kooperationszwang mit China auf internationaler Ebene begeben könnte. Kritisiert wurde von Anfang an die von China propagierte Nicht-Einmischungspolitik, die ja auch für fragwürdige Regime gilt, welche Korruption begünstigen. Ebenso der Missbrauch von geringen Sozial- und Umweltstandards sowie die Ausnutzung niedriger Löhne könnten ein Problem sein. Zurück bleibt laut Tröster die Frage, wie sich die EU als Partner für afrikanische Staaten nun günstiger aufstellen kann, immer auch mit der Hoffnung, dass es für Afrika „gut ausgeht“.



TREFFEN MIT DER WIENER WIPOL: MIT DEM "STAATSKANZLER" WANDERN GEHEN

30|04|23
01|05|23

Autor:

Raffael Reithofer

Im Zeichen der österreichischen Geschichte sowie der Erholung in der Natur stand der gemeinsame Ausflug der WIPOL Steiermark und der WIPOL Wien. Als unsichtbarer Gast begleitete uns dabei am 1.-Mai-Wochenende gewissermaßen der Mitbegründer des modernen Österreichs, Karl Renner.

Nach den langen Covid-Jahren, in denen zwischen 2020 und 2022 auch der Austausch zwischen der WIPOL Steiermark und unseren KollegInnen aus Wien nicht in gewohnter Weise stattfinden konnte, haben wir uns rund um das 1.-Mai-Wochenende endlich wieder mit der Wiener WIPOL im Rahmen eines gemeinsamen Ausflugs getroffen. Und welcher Verabredungsort würde sich für so ein Treffen besser eignen als das in der Mitte zwischen den beiden Städten gelegene Semmeringgebiet?

Da sich diese Frage mit „kaum etwas“ beantworten ließ, haben wir uns nach einer gut einstündigen Zugfahrt mit der WIPOL Wien zunächst im Karl-Renner-Museum im etwas verschlafenen niederösterreichischen Städtchen Gloggnitz getroffen. Dort führte uns ein rühriger Guide in die Lebensgeschichte jenes sozialdemokratischen Politikers ein, der vom Bauernsohn zum Mitbegründer sowohl der Ersten als auch der Zweiten Republik aufgestiegen ist. Karl Renner hatte sich zusammen mit einem tschechischen Arbeiter, der ein wenig russisch sprach, von seiner Villa in Gloggnitz aus kurz nach Kriegsende 1945 eigenhändig zu den sowjetischen Soldaten aufgemacht, um den Staat Österreich nach den Wir-



ren des Nationalsozialismus wieder auferstehen zu lassen. Eben diese Villa ist jetzt das Gloggnitzer Museum – und während wir mit unserem Museumsführer darüber diskutierten, wie das heutige Österreich nicht zuletzt aufgrund der Tatkraft Karl Renners entstanden ist, durften wir im Esszimmer des einstigen Staatskanzlers Platz nehmen.

Was Karl Renner unerwarteterweise mit dem Ziel unserer Wanderung zu tun hatte

Leider mussten wir das Karl-Renner-Museum jedoch etwas frühzeitig verlassen, um unsere gemeinsame Wanderung ohne Verzögerung in Angriff zu nehmen. Dafür ging es für unsere knapp zwanzigköpfige Gruppe zunächst in den Zug nach

Payerbach-Reichenau, von wo aus wir auf einen knapp sechs Kilometer langen Waldweg etwa 800 Höhenmeter überwandern. Nach dieser etwa zweieinhalbstündigen, aber aufgrund der nicht gerade geringen Anzahl an Höhenmetern durchaus schweißtreibenden Wanderung, erreichten wir unser wohlverdientes Ziel: Die Naturfreunde-Hütte Knofelben, wo wir auch übernachteten. Ohne, dass dies unsere Absicht war, hat sich hier der historische Kreis geschlossen: Karl Renner war es, der einst die Naturfreunde mitbegründet und auch deren Logo mit den zwei sich haltenden Händen und den drei Alpenrosen entworfen hat. Denn es war sein Ziel, den damals oft in sehr beengten Verhältnissen wohnenden Arbeiterinnen und Arbeitern einen sportlichen Ausgleich in der Natur zu ermöglichen.

WIPOL-Sketch: Doskozil und Kurz wären bei Karl Renner durchgeflogen

Insofern war es nur logisch, dass wir uns für das abendliche Gesellschaftsspiel noch einmal auf den genannten Staatsmann besannen: Drei Gruppen, die sich sowohl aus Grazer als auch aus Wiener WIPOLis zusammensetzten, hatten einen Sketch zu entwerfen, in dem

Karl Renner auf die eine oder andere Weise vorkommt. Gewonnen hat unseren kleinen Wettbewerb schließlich jenes Team, das Karl Renner anno 2323 in einem Raumschiff namens Österreich mitten im All zum Leben erweckt und dem Staatskanzler dabei die ehrenvolle Aufgabe zugetragen hat, den Kapitän des Raumschiffs auszuwählen. Long story short: Weder Sebastian Kurz noch Hans-Peter Doskozil konnten diesen Karl Renner der Zu-

kunft im Sketch überzeugen.

Nach diesem kreativen und gemütlichen Abend ging es nach einer mehr oder weniger geruhsamen Nacht in der architektonisch gelungenen Knofelebenhütte am Morgen des 1. Mai wieder zurück ins Tal. Dort trennten sich unsere Wege von denen der Wiener WIPOL und wir traten den Heimweg zurück nach Graz an, wieder per Zug über den Semmering.



PODIUMSDISKUSSION ZUR ÖH-WAHL

08|05|23

Autorin:

Clarissa Trummer

Um mehr Klarheit zu schaffen, durften wir zu Ende der Wahlkampfzeit am 8. Mai 2023 Kandidat:innen aller in Graz bei der ÖH-Wahl antretenden Fraktionen zu unserer Podiumsdiskussion bei vollem Hause begrüßen.

Die Veranstaltung fand dieses Mal im Parkhouse statt, wo wir neben unseren Jahrgangsteilnehmer:innen diesmal auch ein größeres öffentliches Publikum willkommen heißen durften. Nach einer kurzen Vorstellung unsererseits, der Aufgaben der ÖH und der kandidierenden Fraktionen (VSStÖ, GRAS, AG, FLUG-FSL, KSV-KJÖ, JUNOS Studierende, LiLi und PIRAT) wurde sofort über das Ziel einer zukunftsgerechten Hochschule gefachsimpelt – der RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) ließ sich leider entschuldigen.



Wer die Wahl hat, sollte seine Stimme erheben statt seine Stimme abzugeben

Nach der Klärung der hochschulpolitischen Herzensangelegenheiten wurden zunächst hochschulpolitische Dauerbrenner wie Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren umrissen. Unser Highlight: Die Publikumsbeteiligung. Wie schon bei unserer Podiumsdiskussion im Wintersemester hatten wir an unsere Diskutant:innen wie Zuseher:innen rote und grüne Abstimmungskärtchen ausgeteilt, damit alle ihrem Anliegen eine Stimme geben können.

Heiß diskutiert wurden vor allem die Unterschiede der jeweiligen Fraktionen, da viele von ihnen mit ähnlichem Programm antraten. Da

sich keine von den bei der Podiumsdiskussion anwesenden Fraktionen als rechts bezeichnete, erarbeiteten wir gemeinsam die Überschneidungen und Differenzen der wahlwerbenden Gruppen. So durften wir erfahren, dass der Unterschied zwischen dem KSV-KJÖ und der LiLi, welche beide kommunistisch sind, insbesondere darin besteht, dass sich die einen zur KPÖ Steiermark und im Israelisch-Palästinensischen Konflikt zu Palästina und die anderen zur Bundes-KPÖ und Israel bekennen.

Studieren in der Krise

Außerdem immer ein Thema: Die Inflation und Methoden, die Studierenden davon zu entlasten. Ebenfalls beleuchtet wurde die Finanzierbarkeit des Studiums, wo

die Meinungen von einer Erhöhung der Beihilfen bis zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Studium reichten. Denn die bestehende Inflexibilität mache Studierenden vor allem in Bezug auf Leistungsdruck zu schaffen. In diesem Sinne äußerten unsere Diskutant:innen ihre Gedanken unter anderem zu dem vor etwa 25 Jahren ins Leben gerufenen Bologna-Prozess ebenso wie zu den Richtungen, in die sich das System Universität in Zukunft bewegen sollte; sogar die Abschaffung des Ziffernotenystems wurde diskutiert.

Besonders unter jungen Menschen gilt die Klimakrise als die größte Katastrophe unserer Zeit – klar war somit natürlich, dass auch dieser Punkt in der Diskussion nicht außer Acht gelassen wurde. Besprochen wurden hierbei die Legitimität di-

verser Protestmethoden gemeinsam mit den im Zuge des Baus des neuen Center of Physics an der Universität Graz geplanten Veränderungen.

Schließlich wurde noch die Möglichkeit der politischen Beteiligung von Frauen erörtert; nicht zuletzt weil im achtköpfigen Podium nur

eine Frau vor Ort war. Es bekräftigten aber alle Kandidat:innen, dass dies nur ein Zufall sei und weibliche Partizipation überall möglich und erwünscht sei.

Nach Ende der offiziellen Diskussion wurden noch fleißig Publikumsfragen beantwortet, bevor sich alle für die letzten Stunden vor der am

darauffolgenden Tag beginnenden ÖH-Wahl verabschiedeten. Wir bedanken uns bei allen fürs Kommen, für das wertschätzende Gesprächsklima und die konstruktiven Inhalte. Durch die angenehme lockere entspannte Atmosphäre konnte man sich wertschöpfend ein Bild der unterschiedlichen politischen Positionen machen; danke dafür!



UNSCR 1325 & FRAUEN- AUSSENPOLITIK ÖSTERREICHS

mit Ursula Werther-Pietsch

12|05|23

Autorin:

Christina Praßl

Unter dem außenpolitischen Schwerpunkt „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stand unsere zweite öffentliche Veranstaltung des Sommersemesters, welche wir gemeinsam mit dem Referat für feministische Politik und dem Referat für Menschenrechte, Gesellschaftspolitik und Ökologie (kurz AltRef) der ÖH Uni Graz veranstalteten.

Mit Büchern zur freien Entnahme im Gepäck kam unsere Vortragende Ursula Werther-Pietsch aus Wien angereist. Zugegeben, als gebürtige Grazerin kam ihr die Terminwahl (Freitagnachmittag) ganz recht – blieb so doch Zeit für einen Wochenend-Aufenthalt in der Landeshauptstadt. Werther-Pietsch selbst wollte nach ihrer Zeit als Universitätsassistentin am Völkerrechtsinstitut der Uni Graz vom „Elfenbeinturm der Forschung“ in die Praxis und ist so schließlich im Außenministerium (BMEIA) gelandet, wo sie heute stellvertretende Abteilungsleiterin und Beraterin ist. In mehreren Publikationen setzt sie sich mit Fragestellungen rund um Menschenrechte, Friedenssicherung sowie internationale Krisen- und Konfliktbewältigung auseinander – so auch in ihrem 2020 erschienenem Buch „Women as Drivers for Peace“, welches die Basis für diesen Vortrag bildete.

„Frauen, Frieden, Sicherheit“

Hauptverantwortlich für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit ist laut der Satzung der Vereinten Nationen der UN-Sicherheitsrat. Spannend ist, dass dessen Resolutionen (UNSCR) im Gegensatz zu jenen der UN-General-



versammlung und anderen UN-Organen auch völkerrechtlich bindend sind. Einer der Kernpunkte des Vortrags war die UNSCR 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“, welche im Jahr 2000 erstmalig die unterschiedlichen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Männer und Frauen explizit anerkannt hat. So sind Frauen als Opfer von Kriegsgewalt sowie in ihrem Schicksal als Flüchtlinge und intern Vertriebene massiv betroffen – jedoch sollte auch ihre Rolle in Friedensprozessen und in der Konfliktprävention nicht außer Acht gelassen werden. Inhaltlich lässt sich die Resolution mit der Formel der „4P's“ zusammenfassen: „prevention, protection, participation and peacebuilding“. Nur zu oft kommt es zu einer Reduktion auf das Thema Gewaltschutz – dies sei aber eben nur Teil des Ganzen, verrät uns Werther-Pietsch.

„Building lasting peace and security requires women’s participation. Half of the world’s population cannot make a whole peace.“

– Valerie Norville

Laut Studien steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Friedensabkommen länger als 15 Jahre hält, um 35 %, wenn Frauen in den Friedensprozess involviert sind, berichtet die Vortragende und gibt sich gleichzeitig als Fan von „wissenschaftsbasierter Außenpolitik“ zu erkennen. Ebenso die Förderung von gendersensitiven Perspektiven in Verträgen sei ein wichtiges Anliegen. Jedoch kann diese Komponente ebenso ein treibender Faktor für Konflikte sein – vor allem in Ländern,

wo Geschlechtergerechtigkeit als ein „gesellschaftliches Problem“ gilt, wie derzeit etwa in Afghanistan der Fall.

Bevor es in den zweiten, eher national geprägten Themenblock geht, erzählt uns Werther-Pietsch noch von einigen Frauen, die als Expertinnen auf diesem Gebiet wichtige Vordenkerinnen waren und sind: Amina Mohamed (amtierende Vizegeneralsekretärin der UN), Emilia Pires (setzte sich für eine Weiterentwicklung des staatlichen Fragilitätsdiskurses ein), Ellen Johnson Sirleaf (ehemalige Präsidentin von Liberia) und Bertha von Suttner (bekannt etwa durch ihren Roman „Die Waffen nieder!“ aus dem Jahr 1889).

Gleichstellungsrechtliche Positionierung nationaler Außenpolitik

Auch der zweite Block startete mit einer Buchempfehlung: Passend zum Thema das „Handbuch Außenpolitik Österreichs“ im Springer-Verlag. Ein starker Fokus der außenpolitischen Dimension österreichischer Gleichstellungspolitik sind die Bereiche Gewalt gegen Frauen (65 % der Ausgaben fallen hierunter) und Partizipation. So be-

richtet uns Werther-Pietsch etwa, dass die letzte schwarz-blaue Außenministerin Karin Kneissl etwa einen starken Fokus auf die Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) legte.

Durch die Ratifikation der Internationalen Frauenrechtskonvention (CEDAW) und deren Zusatzprotokolle sowie der Erstellung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) zur UNSCR 1325 sei Österreich, zumindest rechtlich, in einer guten Ausgangsposition. Öffentlich wiederholt kritisiert werden hierzulande die im Vergleich zu anderen Ländern oftmals geringeren Ausgaben im Rahmen öffentlicher Entwicklungshilfeleistungen (official development assistance, ODA). Österreich gab in den letzten Jahren rund 0,3 % seines Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aus – wobei bereits 1970 vor der UN-Vollversammlung vonseiten der Industriestaaten versprochen wurde, mindestens 0,7 % des BNE hierfür aufzuwenden.

Ebenso im österreichischen Außenministerium sieht man Bemühungen, wenn es um die verstärkte Teilhabe von Frauen geht – so wird das BMEIA mit einer derzeitigen Frauenquote von

rund 30 % langsam aber stetig, „weniger männlich und weniger adelig“. Jedoch bräuchte es auch hier mehr Frauen in Leitungspositionen: Gerade im mittleren Management sei man nicht so gut aufgestellt, meint Ursula Werther-Pietsch.

Zum Schluss blieb noch etwas Zeit für Fragen vonseiten der Zuhörer:innen: Erörtert wurde etwa die Rolle der österreichischen Koordinationsbüros für Entwicklungszusammenarbeit auf lokaler Ebene und intersektionale Aspekte des Themas. An dieser Stelle möchten wir uns noch einmal sehr herzlich bei Ursula Werther-Pietsch für den spannenden außenpolitischen Einblick sowie bei allen Teilnehmer:innen fürs Kommen bedanken!

Weiterführende Informationen:

Datenbank für Friedensverträge
www.peaceagreements.org

Handbuch Außenpolitik Österreichs
link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-37274-3



ASPEKTE EINER GERECHTEN VERMÖGENSBESTEuerung

mit Bernhard Koller

01|06|23

Autorin:

Clarissa Trummer

Wie kann eine gerechte Vermögensbesteuerung in Österreich und der Europäischen Union aussehen?“ – diese Frage stand im Mittelpunkt unseres Vortrags Anfang Juni von AK-Experten Bernhard Koller, einem langjährigen Begleiter der WIPOL Steiermark.

Alles beim Alten bei der Vermögensbesteuerung?

„Im Grunde hat sich nicht viel getan“ resümiert Koller gleich zu Beginn des Vortrags sichtlich ernüchtert. Gesetzliche Änderungen bei der Vermögensbesteuerung hat es in den letzten Jahren bzw Jahrzehnten tatsächlich wenig bis keine gegeben. Aktuell sei das Thema aber sehr wohl – derzeit insbesondere aufgrund der anhaltenden Teuerung und der damit einhergehenden zunehmenden Armutsgefährdung in der Bevölkerung. Ebenso in Corona-Zeiten gab es Initiativen, den Pflege- und Gesundheitsbereich durch eine Vermögenssteuer höher zu entlohnen. Gebracht haben die Impulse etwa von Arbeiterkammer und ÖGB bisher jedoch wenig – es scheitert am politischen Willen, so Koller.

Die Ausgangslage in Österreich ist, dass insbesondere Arbeit und Konsum recht hoch besteuert werden. Vermögen hingegen wird geschont. Der Anteil vermögensbezogener Steuern an den gesamten staatlichen Steuereinnahmen beträgt hierzulande laut einer OECD-Studie aus dem Jahr 2021 lediglich 1,4 %, was in einem internationalen Vergleich sehr wenig darstellt. Dabei hat sich die Zahl der Milliardärshaushalte in Österreich in den letzten 10 Jahren verdoppelt: 155



000 derartige Haushalte gibt es, die mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens besitzen. Gegen Erbschaftssteuern, die eine Sonderstellung unter den Vermögenssteuern darstellen, herrsche in Österreich eine regelrechte „Phobie“, meint AK-Experte Bernhard Koller. Dabei zählt de facto jede zweite Person zu den ärmsten 3 % des Landes und wäre somit ohnehin von den meisten Erbschaftssteuer-Modellen ausgeschlossen.

Mythen und Fakten zur Vermögenssteuer

Weder glaubt Koller daran, dass die Vollzugskosten zu hoch sein würden, noch daran, dass eine Einführung einer Vermögenssteuer eine Kapitalflucht auslösen würde. Schließlich treffe so eine Vermö-

genssteuer unbeschränkt steuerpflichtige Personen mit ihrem Welteinkommen, also mit ihren gesamten Einkünften unabhängig davon, wo diese erzielt werden. Der Anreiz einer Wohnsitzverlegung sei bei einem moderatem Steuersatz gering, denn der Staat Österreich bietet hohe Standards im Bereich Infrastruktur und Sicherheit sowie eine schöne Landschaft, meint Koller und berichtet gleichzeitig, dass wir umgerechnet auf die Einwohnerzahl eine viel höhere Dichte an Privatstiftungen hätten als andere Länder.

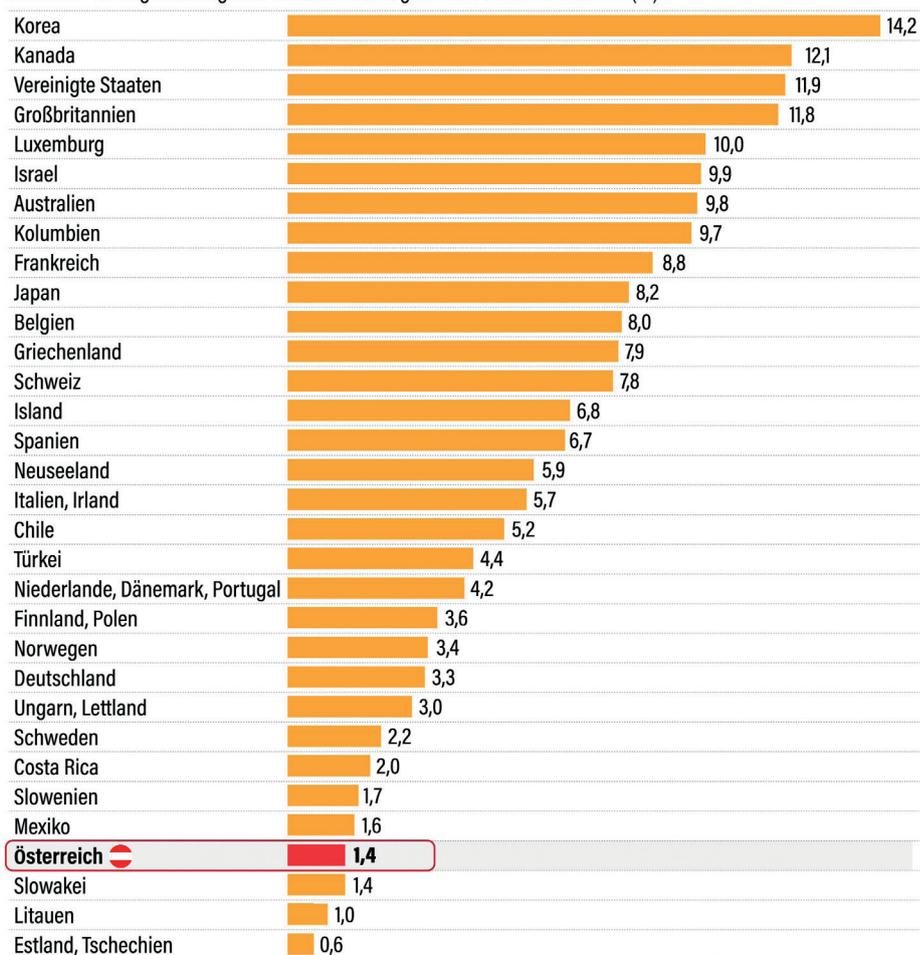
Modelle einer modernen Vermögensbesteuerung

Natürlich wäre es möglich, jene allgemeine Vermögenssteuer, die in ihrer Ausgestaltung bis 1994 in

Österreich bestanden hat, in ähnlicher Form wieder einzuführen. Neue Modelle sehen aber insbesondere einen höheren Freibetrag (1 000 000 statt 40 000 Euro) und einen progressiven Verlauf vor. Zu rechnen wäre je nach untersuchtem Tarif und einzelnen Annahmen zum Ausweichverhalten mit einem zusätzlichen jährlichem Steueraufkommen von rund 5 Milliarden Euro. International ist ebenfalls ein leichter Trend hin zu mehr Vermögensbesteuerung zu erkennen, meint Koller. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation auf nationaler und europäischer Ebene in den nächsten Jahren entwickelt.

Österreich bei vermögensbezogenen Steuern fast Schlusslicht

Anteil der vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (%)



Quelle: OECD 2021  #FAIRSteuern





IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:
Wirtschaftspolitische Akademie Steiermark
Kalvariengürtel 9/9
8020 Graz
ZVR: 757974488

KONTAKT:
E-Mail: steiermark@wipol.at
Web: steiermark.wipol.at

VORSTAND



Matthias Salomon



Felix Kampus



Laura Böhm



Raffael Reithofer

JAHRGANGSLEITUNG 2022/2023



Christina Praßl | David Mödritzer | Jonathan Steinger | Clarissa Trummer

